

Anträge zum Landtagswahlprogramm 2022 des CDU Kreisverbandes Plön zum Landesparteitag am 28. Januar 2022

Strukturierung des Wahlprogramms

Antrag 1:

Der Bereich Wissenschaft wird im Schwerpunkt dem Bereich Bildung zugeordnet, so dass die Überschrift zu Kapitel 1 BILDUNG UND WISSENSCHAFT lautet.

Antrag 2:

Kapitel 2 umfasst WIRTSCHAFT, LANDWIRTSCHAFT, HANDWERK, HANDEL UND GEWERBE. Dies waren und sind die wirtschaftlichen Schwerpunkte unseres Landes und stehen in einem starken Zusammenhang.

Antrag 3:

Das Kapitel SOZIALES UND GESUNDHEIT wird nicht unter Kapitel 7 angesprochen, sondern neu als Kapitel 3. Grundsätzlich sind Wirtschaft und Soziales für die CDU zwei nebeneinander stehende Säulen ihrer Politik. Die CDU macht durch diese Gewichtung auch deutlich, dass Soziales und Gesundheit prioritäre Themen sind, zumal in der seit zwei Jahren anhaltenden schweren Corona-Zeit.

Antrag 4:

SICHERHEIT wird nicht Kapitel 6, sondern Kapitel 4. Die Innere Sicherheit ist eine Kernkompetenz der CDU. Dies sollte durch eine stärkere Gewichtung vorn im Programm wie bereits in der Überschrift deutlich werden. Dies gilt gleichermaßen für Kommunales. Die kommunale Familie ist in vielen Bereichen Gestalter der Arbeit vor Ort, der Umsetzung von Maßnahmen des Landes, des Bundes wie europäischer Vorgaben, des Kontaktes zu den Bürgern und des politischen Handelns. Vorschlag für die Überschrift: INNERE SICHERHEIT, POLIZEI UND KOMMUNALES.

Antrag 5:

Es wird ein neues Kapitel 9 (oder Schlusswort) SOLIDE FINANZPOLITIK eingefügt. Auch dieses Thema ist eine Kernkompetenz der CDU und sollte entsprechend herausgestellt werden. Die Seiten 46/47 des Programmentwurfes haben dann (in ggf. überarbeiteter Form) dort ihren Platz.

2 Wirtschaft und Wissenschaft

Zeilen 905, 906: den ersten Satz streichen.

BEGRÜNDUNG: Dazu gibt es keine Notwendigkeit und wird den bisherigen Leistungen und Ergebnissen nicht gerecht.

Neuer Absatz nach Zeile 934:

Wir sehen in dem Werften-Angebot zur industriellen Entsorgung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee eine realistische Chance. Dies ist für die Gesundheit und Umwelt von großer Bedeutung. Das Land wird sich an den Kosten der Altlastenbeseitigung finanziell so beteiligen, dass diese in gemeinsamer Verantwortung mit dem Bund möglich ist.

Zeilen 953/954: Die Worte „Verfahren weiter digitalisieren“ streichen, Setze: „indem wir z.B. Fristen verkürzen“.

BEGRÜNDUNG: Ob Digitalisierung dauerhaft und pauschal entbürokratisiert und beschleunigt, muss sich erst noch herausstellen.

Zeilen 1016 / 1017: Die beiden Sätze „Denn unsere Wirtschaft ist nur so stark wie die Fachkräfte, die tagtäglich zur Arbeit gehen. In vielen Wirtschaftszweigen zeigt sich jedoch.“ streichen

BEGRÜNDUNG: Nicht nur Fachkräfte sorgen dafür, dass Wirtschaft und Betriebe gut laufen. Zweiter Satz nicht verständlich.

2.14

Zeile 1564 - 1556: Den Satz „Expresszugverbindungen und Ausbauvorhaben - wie Wrist-Kellinghusen oder Hein Schönberg haben wir vorangetrieben.“ streichen

BEGRÜNDUNG: Einzelne regionale Vorhaben gehören nicht in ein Landeswahlprogramm, zumal wenn nur zwei genannt werden. Bei „Hein Schönberg“ ist die tatsächliche Situation so, dass u.a. aufgrund von Überlastungen bei den Planungsbehörden in Verantwortung des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums des Landes voraussichtlich erst in 2022 mit dem Planfeststellungsverfahren begonnen wird, für das etwa zwei Jahre veranschlagt sind. Die von 2013 - 2017 im Amt befindliche Landesregierung hatte sich erst 2016 zu einem Planfeststellungsverfahren entschlossen, obwohl ein solches 2013 von der Plöner CDU-Kreistagsfraktion im Kreistag beantragt worden war. Ursprünglich war davon die Rede gewesen, dass Hein Schönberg schon 2014 fahren sollte.

Zeilen 1575 - 1591, also den ganzen Absatz streichen. Die Nennung einzelner Vorhaben bergen immer die Gefahr, dass ihre Nennung weitere Nachfragen und Erörterungen auslöst. Beispiel Kiel -Preetz (über Schwentinental): Auch die 3 neuen Bahnhöfen sollten schon in Betrieb genommen sein, dies war jedoch aus Gründen der Überlastung der Planungsbehörden bislang nicht möglich, siehe Mitteilung des Wirtschafts- und Verkehrsministers des Landes.

ABSATZ Zeilen 1595 – 1600 streichen und ersetzen durch:

Wir werden seitens des Landes die Finanzmittel für den Bau und die Sanierung von Radwegen sowohl an Landes- wie Kreisstraßen erheblich erhöhen. Dies dient der Sicherheit im Straßenverkehr, auch auf Schulwegen, erhöht die Mobilität und fördert den Tourismus. Viele Bürgerinnen und Bürger fahren gern mit dem Rad.

Eines der wesentlichen Probleme bei den Radwegen sind die Unterhaltung und die Schäden durch Wurzelbildung. Sie stellen die Kommunen vor derzeit große Schwierigkeiten. Das Land wird dazu praktikable Lösungen vorlegen, die dafür sorgen, dass die Radwege in einem Zustand sind, in dem sie auch gefahrlos befahren werden können. Zudem wird die Benutzungspflicht auf ihre Realisierung evaluiert.

Neuer Absatz nach 1574:

Dies gilt auch für bereits in Planung / Realisierung befindliche Vorhaben. Die sollte zudem auch hinsichtlich der Barrierefreiheit sichergestellt sein.

3 Digitalisierung und lernender Staat

3.2.

Zeile 1710 („Digitalisierung soll die Regel in allen Bereichen werden“) ersetzen durch: Wir wollen die Digitalisierung weiter voranbringen.

Nach Zeile 1722 neuer Absatz:

Wir werden die bisherigen Digitalisierungen und ihre Prozesse auf Effektivität, Bürgerfreundlichkeit und Kostenreduzierung überprüfen, um den tatsächlichen Nutzen zu ermitteln.

Zudem werden wir prüfen, wie wichtige Unterlagen für den Einzelnen digital und datensicher („Daten-Tresor“) so gebündelt werden können, dass der Dateninhaber wie Zugriffsberechtigte darauf problemfrei und sicher zurückgreifen können.

3.6

Zeilen 1801 / 1802 streichen („Wir wollen eine voll digitalisierte Verwaltung mit digital optimierten medienbruchfreien Prozessen auf allen Verwaltungsebenen und forcieren den internen Kulturwandel“)

BEGRÜNDUNG: Derart hohe Ziele können leicht zu Enttäuschungen führen. Es ist zudem die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen und auf welcher Zeitliste dies ggf. umgesetzt werden soll. Was ist in der Verwaltung ein „interner Kulturwandel“? So eine weitreichende Entwicklung sollte zumindest in den Eckpfeilern gründlich diskutiert worden sein.

Zeilen 1803/1804 streichen („Wir werden den Service Level erhöhen und eine 24/7 Erreichbarkeit der Verwaltung sicherstellen sowie die Effizienz der Arbeitsabläufe steigern.“)

BEGRÜNDUNG: Eine Rund-Um-Die-Uhr-Erreichbarkeit der Verwaltung ist schon jetzt gegeben (Mail, Anrufbeantworter). Es kommt darauf an, wie man Erreichbarkeit definiert. Soll dies personell begleitet sein, so wird dies nicht ohne eine deutliche Ausweitung der Planstellen erreichbar sein. Es stellt sich auch die Frage, ob dies notwendig und wünschenswert ist. Auch wäre nötig, dass die anderen Verwaltungen (Kommunen, andere Behörden und Dienststellen des Bundes / Brüssel) entsprechend kompatibel angeschlossen wären. Man sollte bei einem Programm für die nächsten Jahre nicht möglicherweise überhöhte Erwartungen wecken. Im Übrigen arbeitet die Landesverwaltung schon jetzt auf einem guten Niveau.

Zeile 1931 „Nach über 50 Jahren Schuldenmacherei“ streichen

Zeile 1990 das Wort „online“ streichen

Zeilen 1997/1998: ..“um den Mittelstand, der gerade für Schleswig-Holstein wichtig ist, zu entlasten“ streichen.

BEGRÜNDUNG. Die Steuerprogression betrifft in diesem Bereich auch Arbeitnehmer und andere Steuerzahler.

Zeile 2036: Den Satz streichen.

BEGRÜNDUNG: Kommunale Selbstverwaltung ist mehr.

Zeilen 2040/2041: Den Satz streichen.

BEGRÜNDUNG: Dies würde die individuellen kommunalen Gestaltungsrechte einengen und die Möglichkeiten der Einflussnahme „von oben“ weiter stärken. Und ob dies beschleunigt, ist eine weitere Frage.

Zeilen 2047 / 2018: streichen („Dabei werden der freiwillige Zusammenschluss und vor allem die interkommunale Zusammenarbeit unterstützt“)

BEGRÜNDUNG: „Hochzeitsprämien“ haben sich durchaus nicht überall bewährt. Zusammenschlüsse und interkommunale Zusammenarbeit sollten nicht privilegiert unterstützt werden. Wichtig wäre, die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt zu verbessern.

Zeilen 2087 - 2091 streichen („Wir wollen kommunale Sitzung dauerhaft in digitaler oder hybrider Form ermöglichen und stärkere Hilfestellung bei der Umsetzung von Online- und Hybridsitzungen geben. Um die Bildung von Mehrheiten zu vereinfachen, wollen wir das Auszahlungsverfahren auf D´ Hondt umstellen. Durch Änderung der Gemeindeordnung wollen wir den Fraktionsstatus erst ab vier Mitgliedern zulassen und eine kommunale Sperrklausel einführen.“)

BEGRÜNDUNG: Über derart weitreichende Änderungen lässt sich nur nach einer fundierten Meinungsbildung unter wirklicher Einbeziehung vor allem der gesamten kommunalen Familie abstimmen. Dies ist bislang jedoch nicht der Fall, auch nicht im Rahmen des Entwurfes dieses Landtagswahlprogrammes und sollte ggf. auf einem der nächsten Landesparteitage erfolgen.

4 Wohnen, Mobilität und gleichwertige Lebensverhältnisse

4.2

Zeilen 2247 – 2249 („Wir stehen dafür, dass sich alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner den Wunsch der eigenen vier Wände erfüllen können. Gleichzeitig sorgen wir auch für bezahlbaren Wohnraum für alle Mieterinnen und Mieter.“)

EMPFEHLUNG: Streichen, da dies weder der Lage noch den Möglichkeiten entspricht.

Zeile 2298 STREICHEN „Ein geeignetes Instrument ist hierbei der gemilderte Geschosswohnungsbau“.

BEGRÜNDUNG: Geschosswohnungsbau sollte keine Priorität haben, wenn versucht wird, Ältere aus ihren bisherigen großen Wohnungen oder Häusern dafür zu gewinnen, in kleinere Wohnungen zu ziehen.

4.4

Zeile 2416, neuer Satz nach „meistern“: Wir unterstützen eine gemeinsame europäische Energiewende.

4.9

Zeilen 2687/2688 EMPFEHLUNG:

STREICHEN des Satzes: „Wir wollen die Taktung des Öffentlichen Nahverkehrs ausbauen und mittelfristig erreichen, dass alle Orte in Schleswig-Holstein von 6.00 – 24.00 h erreichbar sind.“

BEGRÜNDUNG: Unrealistisch oder mit einem Aufwand verbunden, der nicht zu finanzieren ist.

4.10

Zeile 2722 Überschrift „Kirche, Landgasthof und Tante-Emma-Laden im Dorf lassen“
STREICHEN.

NEU: Dörfer sind attraktiv

5 Natürliche Lebensgrundlagen

5.7

Zeilen 3069 /3070

STREICHEN „Flächenmanagerinnen und Flächenmanager sollen weiterhin bei der sinnvollen und effizienten Flächenplanung unterstützen“

BEGRÜNDUNG: Sie sind überflüssig.

Zeilen 3069/3070 NEU:

Die Landesplanung bezieht den Ortscharakter und die gewachsene Struktur von Gemeinden stärker mit ein. Dazu zählen bauliche Umnutzungen von Bestandsgebäuden innerhalb der Gemeindegrenzen.

5.12

Zeile 3288 Überschrift „Tierschutz in den Fokus rücken“ streichen. Dafür

NEU: Tierschutz ist uns wichtig

BEGRÜNDUNG: Dies war immer unsere Haltung. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als ob die aktuelle landwirtschaftliche Tierhaltung dies nicht berücksichtigt. Die Landwirtschaft wird nach geltenden Richtlinien kontrolliert und handelt danach.

5.15

Zeile 3428 ERGÄNZUNG „gemeinsam mit den Fischern“

„Wir werden das Kormoran-Management im Land gemeinsam mit den Fischern verbessern und ausweiten.“

Zeile 3433 ERGÄNZUNG „und die Unterstützung des Landes erhöht wird“

„Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU-Haushaltsmittel für unsere Ostseefischer unbürokratisch eingesetzt werden und die Unterstützung des Landes erhöht wird.“

6 Sicherheit

6.3

Zeile 3615 neu: Das Wort „viele“ streichen

Zeile 3616 neuer Satz nach wiedereröffnet: Wir werden weitere geschlossene Polizeidienststellen wieder eröffnen, wo dies aus Gründen der Sicherheit im örtlichen Raum geboten ist.

Zeile 3623 Neuer Satz nach „zu Ende führen“. Mit dem Landeshaushalt 2023 werden wir alle Voraussetzungen für den vollständigen Aufbau der 2. Hundertschaft erfüllen, auch die notwendigen noch fehlenden Planstellen.

BEGRÜNDUNG: Die Schaffung der 2. Hundertschaft ist dringend nötig. Sie wird seit etwa 2010 gefordert, wurde 2017 das Jamaika-Programm aufgenommen, ist aber auch 2022 immer noch nicht aufgestellt. Jetzt ausgewiesene Planstellen würden im Übrigen erst in einigen Jahren zur Einsatzwirksamkeit kommen, es sei denn, man nimmt Planstellen-Verlagerungen innerhalb der Polizei vor.

Zeile 3644: „in 2023“ einfügen vor „zu Ende führen“.

6.4

Zeile 3668: Neuer Satz nach „Rauschgiftkriminalität“: Die umfangreichen Ermittlungen und ihre Ergebnisse in NRW und Berlin zeigen, dass es hohe Dunkelziffern gibt.

6.8

Neue Absätze nach 3803:

Wir werden die Kommunen bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und beim Neu- wie Umbau von Feuerwehrhäusern stärker als bislang finanziell unterstützen. Die mit den Anschaffungen und Bauten inzwischen verbundenen Anforderungen und Auflagen übersteigen oft die finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Gemeinde und Städte.

Zudem ist es nötig, über die Realität in der täglichen Einsatzbereitschaft Freiwilliger Feuerwehren vor allem in kleineren Gemeinden zu sprechen und Wege zu finden, diese zu stärken.

7 Soziales und Gesundheit

7.1.

Einleitung zu 7 Soziales und Gesundheit:

Zeile 3957, neu: Wir stehen für ein soziales, gerechtes und inklusives Schleswig-Holstein.

Ab Zeile 3957: Die nächsten beide Sätze streichen.

Zeilen 3961 - 3968: Ab „Ganz gleich ...“ streichen.

Zeilen 3969 - 3975 neu: Die sozialen und gesundheitlichen Corona-Folgen werden uns weiter intensiv beschäftigen. Dazu zählen die Stärkung der Kliniken, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Pandemie.

Familien, Kinder, Schüler, Ältere, Praxen und in Heimen Wohnende tragen durch die Corona-Zeit erhebliche Lasten. Ihnen und ihren Problemen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, ob beim Homeoffice, dem Unterricht oder bei Überbelastungen. Wir werden dem in der aktuellen Arbeit weiter entsprechend Rechnung tragen und zudem eine Experten-Kommission berufen, um Wege für die bestmögliche Vereinbarkeit der verschiedenen Problembereiche in Krisen aufzuzeigen.

Unsere Unterstützung gilt auch allen, für die die Krise wirtschaftlich schwere Lasten bedeutet, die einsam geworden sind oder ansonsten mit pandemie-bedingten Problemen zu kämpfen haben.

Wir sprechen uns dafür aus, eine Impfpflicht gegen Corona umgehend einzuführen. Impfschutz ist die wirksamste Möglichkeit, die gesundheitlichen Gefahren durch die Pandemie für den Einzelnen, für die gesundheitliche Versorgung insgesamt und für die Gesellschaft entscheidend zu mindern.

7.2

Zeilen 3979 - 3987 streichen

Zeile 3989: Das Wort „sehr“ streichen, „ein großer Beitrag“ genügt und ist treffender.

Zeile 3992: Das Wort „kommunalen“ streichen, denn durch die bestehende und deutlich erhöhte Förderung des Landes wird ja deutlich, dass auch das Land beteiligt ist.

Zeilen 4000 - 4002 streichen: Unterstützungsangebote sind schon jetzt in Problembereichen gegeben, wenn nötig. (Anmerkung: Oder ist damit das Modell Gemeindegemeinschaft gemeint, wie schon im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2017 formuliert?)

Zeilen 4007 - 4009 streichen, dafür neu:

Angemessen wohnen zu können, ist für alle Menschen wichtig und ihre Zufriedenheit, ob im Eigenheim, in der gemieteten Wohnung oder in anderen Wohnformen. Wir wollen auch weiterhin den sozialen Wohnungsbau fördern und den Bau von mehr Wohnungen erreichen. Wohnen darf kein Privileg werden. Dies gilt auch für den Bau eines Hauses, ob freistehend, Doppel- oder Reihenhaus.

Die Baulandpreisentwicklung ist inakzeptabel. Dies gilt auch für die deutlich zu wenig zur Verfügung stehenden Baugrundstücke. In vielen Teilen des Landes ist es für junge Familien faktisch nicht mehr möglich, zu vertretbaren Preisen Eigentum zu erwerben. Dies entspricht nicht dem Bild, was wir von den Chancen einer Familie haben.

Wir müssen geeignete Instrumentarien einsetzen, um dieser Entwicklung entgegen zu treten. Dazu zählt, die Entwicklung von Baugebieten beschleunigen zu können. Zudem werden wir steuerlich oder durch eine Zulage beim Bau oder Erwerb einer Immobilie unterstützen.

Die Entwicklung der Grunderwerbssteuer mit einem Satz von 6,5% hat die jährlichen Einnahmen des Landes in den vergangenen zehn Jahren sehr erheblich steigen lassen auf inzwischen mehr als 800 Mio. Euro in 2021. Sie geht vor allem zu Lasten bauwilliger junger Familien. Dies wollen wir ändern.

HINWEIS: ggf. auch entsprechende Anpassung bei den Aussagen zu 4.3, nach dem Absatz ab Zeile 2373.

Zeilen 4021 und 4022 streichen: Dies geschieht schon heute im Rahmen der Digitalisierung der Verbände und Verwaltungen. Alle Beratungsangebote „digital leicht zugänglich“ zu machen, würde allerdings weitere nicht geringe Aufwendungen erfordern.

Zeilen 4023 streichen und ersetzen durch: Wir wollen die Anliegen der Familien auf Landesebene zentral in einer Anlaufstelle bündeln.

Zeile 4028 hinzufügen: Wir unterstützen, Eltern als Pflegefamilien zu gewinnen.

Zeile 4029: „mit einer Eigenheimzulage“ streichen. Stattdessen „wirkungsvoll unterstützen“

7.3

Zeile 4041 streichen.

Neu: Die soziale Balance beginnt bei den Kindern

Zeilen 4043 - 4045 den Satz streichen. Neu: Kinder und Jugendliche spüren Probleme und Folgen von schwieriger soziale Lage oder gar Armut überall, wo die soziale Lage der Eltern dies nach sich zieht. Dies kann sowohl in Städten wie in ländlichen Räumen der Fall sein. Diese Folgen zu verhindern oder zumindest abzumildern, ist Ziel gesellschaftlichen wie staatlichen Handelns. Im Blick müssen wir auch die Familien haben, die - nicht selten mit mehreren Kindern - zwar keine oder wenig staatliche Leistungen bekommen, aber gleichwohl von einem Einkommen knapp an oder über der Bemessungsgrenze leben müssen.

7.4.

Zeile 4090: ... „im Hinblick auf den demographischen Wandel ...“ streichen, da überflüssig, sogar (vermutlich ungewollt) einschränkend

Ab Zeile 4098 neu:

Die Gestaltung des Lebens im beruflichen Ruhestand und im Alter ist individuell. Sie ist für viele eine neue Lebensphase, die mit Veränderungen, zum Teil auch Einschränkungen verbunden ist. Wohnen, Sicherheit, Gesundheit, Pflege, Mobilität und eine bestmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind dafür von besonderer Bedeutung. Auch Seniorinnen und Senioren haben einen Anspruch darauf, am gesellschaftlichen Leben diskriminierungsfrei und vollberechtigt teilzunehmen.

Die CDU steht zur Verantwortung der Generationen für- und miteinander. Dies gilt für die Familie wie für Staat und Gesellschaft.

Rund $\frac{3}{4}$ der Pflegebedürftigen werden in Schleswig-Holstein zu Hause von Angehörigen mit Hilfe sozialer Dienste gepflegt. Wir werden weiter alle Maßnahmen unterstützen, die helfen, sie dabei zu unterstützen und ihre Arbeit zu erleichtern. Zu Hause zu pflegen, verdient besonderer Anerkennung.

Eine gute Möglichkeit, die Mobilität allgemein und im zunehmenden Alter im Besonderen zu steigern, sind bedarfsorientierte Angebote wie Anruf-Linienfahrten (ALFA) oder Bürgerbusse. Zu bestimmten Zeiten können bei ALFA auf Busrouten nach vorheriger Anmeldung Fahrten mit dem Taxi zum Preis der Busfahrt gebucht werden. Wir werden dies landesweit

unterstützen und zu einem noch flexibleren und auch kreisübergreifenden Rufbus-System weiterentwickeln.

Die Digitalisierung darf an Seniorinnen und Senioren - wie auch an anderen Bürgerinnen und Bürgern – nicht vorbeigehen. Schulungskurse sind keine ausreichende Antwort. Nötig ist es, für Ältere solche Digitalisierungsformen zu entwickeln, dass sie im Alltagsleben und an den Geschäften des täglichen Lebens akzeptabel teilnehmen können.

Eine dauerhafte verlässliche, auf Leistung wie sozialer Notwendigkeit beruhende Rente ist ein Eckpfeiler der solidarischen Gesellschaft. Dies gibt Seniorinnen und Senioren Sicherheit. Die Rente ist sicher - dies gilt auch heute und soll auch künftig so sein.

Allerdings bekommt ein Teil der Rentnerinnen und Renten Rente in einer Höhe, die zum Leben nur noch knapp reicht. Hier sind vor allem Frauen betroffen, die für die Erziehung ihrer Kinder auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet haben. Gerechtigkeit der Generationen muss auch dies beachten.

Es ist nötig, das Rentensystem dahingehend zu überprüfen, dass bei langfristig Arbeitenden geringe Löhne / Einkommen eine Berücksichtigung in einer Höhe finden, die eine angemessene Alterssicherung sicherstellen. Zudem ist die Besteuerung der Renten auf Ungerechtigkeiten zu überprüfen. Hinsichtlich der Grundrente ist zu erörtern, inwieweit Gerechtigkeitslücken geschlossen werden können.

7.5.

Zeilen 4141 – 4143

Streiche „Wir wollen Parität bei allen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung.“

Zeilen 4154 - 4159 streichen

Unter KONKRET die Punkte 4 und 6 streichen

7.6.

Zeilen 4189 – 4192 streichen

Ab Zeile 4189 neuer Absatz: Ein zunehmendes Problem ist die Kompliziertheit von Sprache im Umgang mit Behörden und Gesetzen. Einerseits ist die Notwendigkeit rechtssicherer Kommunikation nötig, andererseits müssen Gesetze, Bescheide, Verordnungen und andere Schriftstücke so formuliert sein, dass man sie auch verstehen kann. In der nächsten Wahlperiode wollen wir alle Gesetze, Erlasse, Richtlinien und Verordnungen des Landes darauf überprüfen, ob auf sie entweder ganz oder teilweise verzichtet werden kann.

7.8

Zeile 4285 neu: ... und mehr als zehn Millionen Euro ...

Nach Zeile 4278 neuer Absatz:

Insbesondere ist es für viele Kommunen ein Problem, die gesetzlichen Vorgaben für die Umsetzung der räumlichen Barrierefreiheit umzusetzen. Dies gilt zum Beispiel für Bushaltestellen, wo wir von den Zielvorgaben deutlich entfernt sind. Wir werden hierzu eine Evaluation vornehmen mit dem Ziel, eine realistische Umsetzung mit finanzieller Unterstützung des Landes zu formulieren.

7.9 NEUER Absatz, jetzt 7.9 würde zu 7.11 werden

7.9 Überschrift: Opfern helfen

Wir haben in einem bundesweit beachteten Prozess das Schicksal von Heimkindern in Schleswig-Holstein in der Wahlperiode seit 2017 aufgearbeitet. Dazu zählen das Symposium im Landeshaus 2018, Gespräche mit Betroffenen, die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel. Bundesweit besteht Handlungsbedarf, Leid und Unrecht vertieft aufzuarbeiten.

Auch in der nächsten Wahlperiode sehen uns dem Ziel verpflichtet, die Aufarbeitung von Leid und Unrecht fortzusetzen. Darauf haben die Opfer einen Anspruch, dies ist Verpflichtung des Staates.

Wir stehen auch in der Verpflichtung, die Opfer von Gewalt, Terror, sexuellem Missbrauch, Mobbing und Diskriminierung zu unterstützen. Dazu ist in der Wahlperiode seit 2017 viel geschehen, unter anderem durch die Einrichtung einer Ombudsstelle für Opfer, die im Geschäftsbereich des Justizministers angesiedelt ist. Diese Arbeit werden wir fortsetzen, wenn nötig intensivieren.

7.10 Überschrift: Menschen in Not haben unsere Unterstützung

Obdachlose, wohnungssuchende oder von dem Verlust der Wohnung bedrohte Bürgerinnen und Bürger haben in Schleswig-Holstein sowohl beim Landtag wie bei der Landesregierung ein offenes Ohr. Das Dach des Landshauses gilt für alle Bürgerinnen und Bürger. Der Landtagspräsident hat dies durch seine Einladung zu Gesprächen und Empfängen deutlich gemacht.

Die sozialen Verbände, insbesondere die Diakonie, Initiativen und Kommunen leisten eine wichtige Arbeit. Wir haben die finanziellen Mittel für Prävention und Betreuung seitens des Landes in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden dies auch künftig tun, wenn nötig.

Tafeln leisten eine wichtige soziale Arbeit. Mit dem Fonds zur Linderung sozialer Härten haben wir während der Corona-Zeit Tafeln und andere Organisationen unterstützt.

Organisationen, die Menschen in Not - auch unbürokratisch - helfen, wird das Land auch künftig Hilfen geben.

7.10 UKSH

Zeile 4392 statt „unverzichtbar“ von erheblicher Bedeutung.

7.11

Zeilen 4419 - 4421 NEU: Prävention entlastet die sozialen Sicherungssysteme und hilft, Volkskrankheiten wie Diabetes, starkes Übergewicht und Herz-Kreislauf-Erkrankungen einzudämmen.

7.12

Zeile 4493: statt „sicherstellen“ begleiten.

7.15

Zeile 4576: „ist vorbildlich sowie“ streichen

Nach Zeile 4578 neuer Absatz:

Zu den Notwendigkeiten der nächsten Jahre zählt, die Diskussion über die Eckpfeiler der langfristigen Finanzierung der Systeme, insbesondere der Pflege, zu führen.

8 Vielfältiges Miteinander und Zusammenhalt

8.12 Denkmalschutz ist kulturelles Gedächtnis

Zeilen 5099 – 5103 STREICHEN („Mit der letzten Änderung des Denkmalschutzgesetzes ist in Schleswig-Holstein das deklaratorische Prinzip bei der Erfassung von Denkmalen eingeführt worden. Dieses Prinzip scheint eine breite Akzeptanz gefunden zu haben. Dennoch wollen wir eine Verbesserung der Überprüfungsmöglichkeiten von Eigentümerinnen und Eigentümern von Denkmalen erreichen. Insbesondere müssen Eigentümerinnen und Eigentümer unverzüglich über die Erfassung von Denkmalen informiert werden.“)

NEU:

Mit der Änderung des Denkmalschutzgesetzes ist in Schleswig-Holstein das deklaratorische Prinzip bei der Erfassung von Denkmalen eingeführt worden. Die Rechte von Eigentümerinnen und Eigentümer werden erheblich eingeschränkt, auch durch die nicht gegebene Beteiligung bei der Erfassung eines Denkmals - und auf der anderen Seite werden ihnen kostenintensive Pflichten auferlegt. Dies ist weder sachgerecht noch verhältnismäßig.

Für den CDU-Kreisverband Plön

Werner Kalinka MdL, Kreisvorsitzender